



Die Beteiligung von Bürgern bei Einrichtung, Renovierung und Schließung von Kinderspielplätzen ist seit vielen Jahren bewährte Tradition. Auf dem Foto zeigt Tom Damen vom Kinderbüro Renate Glombitza Fotos von Kinderspielplätzen in Oberhausen.

FOTO: TOM THÖNE

Bürger sollen mehr beteiligt werden

Rathaus lässt Oberhausener freiwillig an Plänen und Vorhaben mitwirken. In der Ratssitzung streiten sich Akteure um die Art und Weise der Mitbestimmung

Von Denise Ludwig

Oberhausener Bürger sollen stärker in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden und mitbestimmen können. Darin sind sich alle Ratspolitiker einig. Die Geister scheiden sich allerdings stark an der Art und Weise der Beteiligung. Der Rat beschloss am Montag gegen die Stimmen der Bürgerliste mehrheitlich die Fortführung der „Leitlinien zur Bürgerbeteiligung“. Der Abstimmung voraus ging allerdings eine lange heftige Debatte.

Die Vorgeschichte

Bei der im Rat diskutierten Bürgerbeteiligung handelt es sich um eine freiwillige Einrichtung der Stadt Oberhausen. In welchen Situationen und in welcher Form sollen die Bürger beteiligt werden? Dazu hat ein mit Bürgern, Politikern und Stadtbediensteten besetzter „Arbeitskreis Bürgerbeteiligung“ ein Konzept entwickelt. Dem hat der Rat Ende 2016 zugestimmt. Jetzt werden diese Leitlinien wie von Beginn an vorgesehen, angepasst. Im Rathaus kümmert sich eine Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung um die Einbindung der Bürger. Sie ist Anlaufstelle für alle

Oberhausener, die sich hier über Vorhaben informieren, eigene Vorhaben einreichen oder Verbesserungsvorschläge machen können.

Die Ziele

„Oberhausen sieht die vielfältige Beteiligung seiner Bürgerinnen und Bürger als wichtige Voraussetzung für eine zukunftsfähige und bürgerfreundliche Stadt“, heißt es in den Leitlinien. „Ihre Meinungen und Ideen fließen in kommunalpolitische Vorhaben ein.“

Die Formen der Beteiligung

Basis ist die breite Information der Bürger über Vorhaben durch die örtlichen Medien wie der WAZ, der NRZ, Radio Oberhausen oder den Wochenanzeiger, über Hauswurfsendungen, persönliche Anschreiben oder Veranstaltungen.

Die zweite Stufe ist die Anhörung. Betroffene, Nutzer oder „Experten vor Ort“ werden zu Planungen befragt. Sie sind Ideengeber – etwa bei Interviews wie der „Bürgermeinung“, Online-Umfragen oder bei Bürgerversammlungen.

Die dritte Stufe der Beteiligung ist „Mitwirkung und Beratung“. Hier können Oberhausener ihre eigenen Ideen einbringen, die Rol-

le entspricht einem Ratgeber – etwa bei einer Ideenwerkstatt.

Die höchste Beteiligungsstufe ist die Mitbestimmung: In einem Rahmen, den Politik und Verwaltung vorgeben, können Bürger Vorhaben mitplanen und mitbestimmen. Das passiert zum Beispiel aktuell bei der Spielplatzgestaltung.

Grundsätzlich gilt: Die Politik hat das letzte Wort, der Rat der Stadt entscheidet.

Die Diskussion im Rat

Es war zu erwarten, dass sich diejenigen Gruppen zu Wort melden, die für sich beanspruchen, die Bürgerbeteiligung zu forcieren: Die Bürgerliste, BOB im Rat und das unabhängige Ratsmitglied Werner Nowak sind alle aus diesem Ursprungsgedanken zu politischen Entscheidern geworden.

Die Bürgerliste lehnte die Fortschreibung der Leitlinien ab, weil Ideen aus der Bürgerschaft weiterhin nicht verbindlich in Projektvorhaben aufgenommen würden, entschieden werde weiterhin nur von Stadtverwaltung und Politik.

Werner Nowak fordert als parteiloses Ratsmitglied eine Auswertung der ersten eineinhalb Jahre. Sein Anliegen wurde abgelehnt mit

der Begründung, dass eine Auswertung ohnehin vorgesehen sei.

Für Peter Bruckhoff (BOB im Rat) war aus den überarbeiteten Leitlinien nicht direkt ersichtlich, wann eine Mitbestimmung bei einem Vorhaben erwünscht ist und wann nicht. Das machte er vor allem daran fest, dass bei der Umgestaltung der Spielplätze an der Tirpitz-, an der Garten- und der Ziegelstraße keine Mitbestimmung vorgesehen war. Oberbürgermeister Daniel Schranz sicherte noch in der Ratssitzung zu, die Umgestaltung der drei Spielplätze unter Mitbestimmung der Bürger stattfinden zu lassen. „Es ist ohnehin seit Jahren geübte Praxis, die Kinder bei der Spielplatzgestaltung mitbestimmen zu lassen.“

In der Liste aller in diesem Jahr geplanten 58 Vorhaben der Stadt mit Bürgerbeteiligung unterliegen damit allerdings nur vier der echten Mitbestimmung der Bürger, darunter die Sporthallenpatenschaft und das Projekt Zukunftsstadt. Bei vielen anderen Projekten besteht lediglich eine Informationspflicht, so zum Beispiel bei den Sauberkeitspatenschaften, beim Jugendzentrum Osterfeld oder dem Straßenbau- und Kanalbauprogramm.